



Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Konjunkturprognose 2011/2012:

Schuldenkrise bremst deutsche Wirtschaft aus

Pressemitteilung

München, 14. Dezember 2011

ifo Konjunkturprognose 2011/2012: Schuldenkrise bremst deutsche Wirtschaft aus

In Deutschland ist das Bruttoinlandsprodukt bis zuletzt deutlich gestiegen. Der ifo Geschäftsklimaindex und andere Frühindikatoren zeigen jedoch an, dass der deutschen Konjunktur ein Abschwung bevorsteht. Maßgeblich hierfür sind die sich abschwächende Weltwirtschaft und die europäische Schuldenkrise. Die Abhängigkeit der Konjunkturentwicklung von den Entscheidungen der europäischen Politik erschwert die Prognose erheblich, denn es sind ganz unterschiedliche plausible Szenarien möglich. Unter der Annahme, dass sich die Eurokrise nicht weiter verschärft und sich insbesondere Italien weiter am Markt finanzieren kann, dürfte eine Rezession Deutschland vermieden werden. Dennoch wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2012 voraussichtlich nur um 0,4% zunehmen. Es ist daher zu erwarten, dass sich der Beschäftigungsaufbau deutlich verlangsamt. Gestützt von demographischen Faktoren dürfte die Arbeitslosenzahl aber noch um 140 000 zurückgehen.

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich in den zurückliegenden Monaten verlangsamt. Nach den Ergebnissen des World Economic Survey hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima in allen großen Wirtschaftsräumen verschlechtert. Der Stimmungseinbruch reflektiert die im Herbst 2011 drastisch gestiegene Unsicherheit bezüglich des Ausblicks für die Weltwirtschaft. Die Verunsicherung dürfte im Prognosezeitraum einer der zentralen Belastungsfaktoren für die Konjunktur sein.

Die Verunsicherung ist das Ergebnis mehrerer, sich teilweise gegenseitig verstärkender Faktoren. So ist der massive Stimmungseinbruch der privaten Wirtschaftsakteure nicht zuletzt auf die Erfolglosigkeit der bisherigen Ansätze zur nachhaltigen Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum zurückzuführen. Die damit zunehmende Gefahr, dass die Schuldenkrise in eine europaweite Banken- und Wirtschaftskrise ausartet, die auch andere Regionen der Welt schwer belastet, ließ die Volatilität auf den Finanzmärkten rasant zunehmen. Zur Beunruhigung trägt auch bei, dass die Fähigkeit der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung neuerlicher Krisen in der Mehrzahl der Industrieländer nur noch sehr begrenzt ist. So macht die vielerorts hohe Staatsverschuldung die Implementierung umfangreicher Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors oder zur Stimulierung der Konjunktur nahezu unmöglich. Zudem liegen

aktuell die Leitzinsen in fast allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf einem sehr niedrigen Niveau, was den Spielraum der dortigen Zentralbanken stark einschränkt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hängt im Prognosezeitraum entscheidend von der Beherrschbarkeit der europäischen Schuldenkrise ab. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass es gelingt, die Finanzmärkte nachhaltig zu beruhigen und somit eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern. Dies erfordert hinreichend starke Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen in vielen Mitgliedsstaaten des Euroraums. Dabei müssen nicht nur die bereits angekündigten Spar- und Reformprogramme lückenlos umgesetzt, sondern auch eine darüber hinausgehende, spürbare Intensivierung der fiskalischen Konsolidierung vorgenommen werden. Unter diesen Annahmen ist mit keinen weiteren Schuldenschnitten zu rechnen und die gemeinsame europäische Währung dürfte stabil bleiben. Entsprechend ist zu hoffen, dass sich die aktuell herrschende Unsicherheit im Verlauf des kommenden Jahres langsam abbauen wird.

Allerdings ist es alles andere als sicher, dass sich das eben geschilderte Basisszenario realisiert. Auch dem wichtigsten Risikoszenario, dass der politische Wille zur Durchführung weitreichender Reformen in großen Ländern wie Italien und Spanien erlahmt oder dass die Reformen von den Investoren als nicht glaubwürdig und effektiv bewertet werden, muss eine nicht unerhebliche Eintrittswahrscheinlichkeit zugemessen werden. In dieser Situation sind verschiedene wirtschaftspolitische Reaktionen wie die Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden oder der unbegrenzte Aufkauf von Staatspapieren durch die EZB denkbar, die alle hohe Risiken für die Konjunktur und die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung bergen und den Fortbestand der Währungsunion in Frage stellen.

Gemäß dem *Basisszenario* wird sich die Expansion der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum spürbar verlangsamen. Die Verunsicherung dürfte die Finanzierungsbedingungen für Banken und Unternehmen weltweit verschlechtern und darüber hinaus zum Aufschub vieler Konsum- und Investitionsausgaben führen. Die schlechte Vermögenssituation der privaten Haushalte in den USA sowie in einigen europäischen Ländern wird weiterhin nach einer hohen Sparquote verlangen und somit die Entwicklung des privaten Konsums stark belasten. Schließlich wird die

Finanzpolitik in Europa und den USA aufgrund der hohen Staatsverschuldung spürbar kontraktiv ausgerichtet sein. Der negative Fiskalimpuls dürfte besonders stark in mehreren von der Schuldenkrise bedrohten Euroraumländern sein, deren Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr voraussichtlich schrumpfen wird.

Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern dürfte zwar durch die konjunkturelle Abschwächung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft werden. Doch dürften die endogene Binnendynamik sowie die zuletzt wieder expansiver gewordene Geldpolitik dazu führen, dass sie hohe Produktionszuwächse bei positiven Wachstumsbeiträgen der Nettoimporte verzeichnen. Damit stellen sie ein stabilisierendes Element für die Weltwirtschaft dar.

Gemäß dem Basisszenario unterstellen wir, dass sich die Zuversicht von Konsumenten und Produzenten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte 2012 etwas erholt, was gegen Ende des Prognosezeitraums die Weltkonjunktur leicht beleben wird. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem und im nächsten Jahr mit 3,8% bzw. 3,3% nur schwach zunehmen. Entsprechend wird der Welthandel im Jahr 2011 um 6,2% expandieren, ehe der Zuwachs sich im kommenden Jahr auf 3,9% abschwächt. Die globale konjunkturelle Abschwächung in den kommenden Quartalen und das sukzessive Auslaufen der Teuerungsimpulse aus dem Rohstoffpreisanstieg der ersten Hälfte 2011 werden den Preisauftrieb in allen Regionen der Welt reduzieren. Gleichwohl wird die Inflationsrate in den aufstrebenden Volkswirtschaften weiterhin deutlich höher als jene in den Industrieländern sein.

In *Deutschland* ist die gesamtwirtschaftliche Produktion bis zuletzt deutlich gestiegen. Im dritten Quartal 2011 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 2,0% zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte es sich um 2,5%. Nach wie vor wird die deutsche Konjunktur von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Aufschwung in Deutschland nicht weiter fortsetzen, die Konjunktur wird im Winter vermutlich sogar in einen Abschwung geraten. Die Exporte werden voraussichtlich erheblich vom weltwirtschaftlichen Tempoverlust und insbesondere von den vielfältigen Konsolidierungs- und

Sparanstrengungen im Euroraum in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise belastet. Die bei schwacher Produktionsentwicklung wohl sinkende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sowie die hohe Unsicherheit dürften zudem die Ausrüstungsinvestitionen dämpfen. Der zyklisch eher nachlaufende private Konsum wird dagegen von der guten Arbeitsmarktlage und der noch recht günstigen Einkommenssituation gestützt und robust expandieren. Befördert durch niedrige Zinsen und die Unsicherheit der Investoren in Bezug auf ausländische Finanzanlagen, dürfte auch die Nachfrage nach Wohnbauten zunehmen. Daher ist zu erwarten, dass Deutschland – anders als viele europäische Partnerländer – nicht in eine Rezession gerät. Dies hängt allerdings entscheidend von dem der Prognose zugrunde liegenden Basisszenario ab, dass keine allzu umfangreichen Rettungsaktionen stattfinden, denn das würde den Vorteil der niedrigen Zinsen zerstören. Aus den Annahmen des Basisszenarios folgt zudem, dass die Weltwirtschaft langsam wieder Tritt fasst, was die deutschen Exporte stützt. Auch die Zuversicht der deutschen Unternehmen dürfte dann schrittweise zurückkehren, so dass die Unternehmensinvestitionen nach und nach hochgefahren werden. Bei robuster Konsumnachfrage und weiter guter Wohnungsbaukonjunktur ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Hälfte von 2012 ungefähr mit der Rate des Produktionspotenzials von annualisiert rund $1\frac{1}{4}\%$ zulegt. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2011 um 3,0% expandieren und 2012 nur noch um 0,4% zunehmen.

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Erwerbstätigkeit um 210 000 Personen oder 0,5% steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird, auch aufgrund von demografischen Faktoren, im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 140 000 auf rund 2,8 Mill. Personen zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7%. Im Gefolge der schwächeren Konjunktur wird sich das Tempo des Preisauftriebs abschwächen; im Jahresdurchschnitt 2012 ist mit einer Inflationsrate von 1,8% zu rechnen. Das staatliche Budgetdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im nächsten Jahr voraussichtlich bei 0,9% liegen. Es muss betont werden, dass die makroökonomische Unsicherheit nicht zuletzt aus politischen Gründen derzeit extrem hoch ist. So könnten schon kleine Abweichungen Italiens vom geplanten Konsolidierungskurs zu neuen Verwerfungen an den ohnehin

extrem angespannten Finanzmärkten und kaum abschätzbaren politischen Reaktionen führen. Diese könnten die der Prognose zugrunde liegenden Annahmen schnell obsolet werden lassen. Aus technischer Sicht ist damit die Eintrittswahrscheinlichkeit des Basisszenarios deutlich geringer als es in normalen Prognosesituationen der Fall ist. Daher wird an dieser Stelle – anders als in früheren Prognosen üblich – kein Prognoseintervall angegeben.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011 (1)	2012 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^{a)}				
Private Konsumausgaben	-0,1	0,6	1,4	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,7	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-11,4	5,5	6,9	2,2
Ausrüstungen	-22,8	10,5	8,8	2,8
Bauten	-3,0	2,2	5,7	1,6
Sonstige Anlagen	0,6	4,7	4,6	4,6
Inländische Verwendung	-2,6	2,4	2,3	1,2
Exporte	-13,6	13,7	8,4	2,8
Importe	-9,2	11,7	7,6	4,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-5,1	3,7	3,0	0,4
Erwerbstätige^{b)} (1000 Personen)	40362	40553	41060	41270
Arbeitslose (1000 Personen)	3415	3238	2975	2835
Arbeitslosenquote BA^{c)} (in %)	8,1	7,7	7,1	6,7
Verbraucherpreise^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,3	1,8
Finanzierungssaldo des Staates^{e)}				
- in Mrd. EUR	-76,1	-106,0	-27,5	-24,5
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,2	-4,3	-1,1	-0,9
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-4,2	1,8	1,5	-0,2
Verbraucherpreisindex im Euroraum^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,6	1,2
1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).- d) Verbraucherpreisindex (2005=100).- e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.